

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XX
Einleitung .....	1
<i>Ausgangsfälle</i> .....	1
I. Problemaufriß: Vollzugsdefizit im Öffentlichen Recht .....	6
II. Eigener Ansatz: Präventive Verkehrspflichten .....	8
1. Der Rechtsgüterschutz .....	9
2. Ein Informationsdreieck – Informationsansprüche nach UHG und UIG .....	11
3. Umwelt-, Gesundheits- und Technikrecht als Querschnitts- gebiete – gemeinschaftsrechtliche Vorgaben .....	13
III. Gang der Untersuchung .....	15
1. Erster Teil: Zur Dogmatik des Rechtsgüterschutzes .....	15
2. Zweiter Teil: Systematisierung präventiver Verkehrspflichten .....	18
IV. Abgrenzungen .....	21

## Erster Teil: Zur Dogmatik des Rechtsgüterschutzes

§ 1 Die Rechtsgüter .....	27
I. Die Rechtsgüter: Leben, Körper, Gesundheit und der Schutz der Umwelt .....	27
1. Abgrenzungen .....	27
2. Das Verhältnis der Rechtsgüter zueinander .....	29
II. Der bisherige Gesundheitsbegriff .....	29
1. Normübergreifender Gesundheitsbegriff im Zivilrecht und im Öffentlichen Recht .....	30
2. Der Begriff „Gesundheit“ nach der Weltgesundheitsorgani- sation (WHO), im allgemeinen Sprachgebrauch und in der Medizin .....	31
3. Die Auffassung in der Rechtswissenschaft .....	32
a) Rechtsliteratur .....	32

b) Rechtsprechung .....	34
III. Eigene Auffassung .....	35
1. Definition und Anwendungsfälle .....	35
a) Gesundheitsverletzung auch durch eine erhebliche Beeinträchtigung des Wohlbefindens - Abgrenzung zur Belästigung .....	35
b) Anwendungsfälle einer Gesundheitsverletzung .....	36
2. Begründung der eigenen Auffassung .....	38
a) Wortlaut und Systematik .....	38
b) Systemimmanente Wertungen zu § 906 BGB und §§ 3, 5 BImSchG .....	38
c) Sinn und Zweck .....	40
3. Beschränkung auf erhebliche Beeinträchtigungen des Wohlbefindens .....	42
a) Ablehnung der weiten Definition der WHO .....	42
b) Erheblichkeit: Wohnfunktion, dauernde Betroffenheit, Freiwilligkeit .....	43
c) Vermeidung von Wertungswidersprüchen .....	46
Graphik 1: Die Gesundheitsverletzung im Zivilrecht und Öffentlichen Recht nach den verschiedenen Auffassungen .....	47
IV. Auseinandersetzung mit anderen dogmatischen Ansätzen .....	48
1. Andere Definitionen für Gesundheit .....	48
2. Andere Ansätze zum Schutz vor Immissionen .....	49
V. Rechtsfolgen .....	50
1. Meldepflichten nach der StörfallVO .....	50
2. Schadensersatz und Schmerzensgeld .....	51
Zwischenergebnis zu § 1: Die Gesundheitsverletzung im Zivilrecht und Öffentlichen Recht .....	53
 § 2 Das Dreistufenmodell bestehend aus Gefahrabwehr, Risikovorsorge und Restrisiko .....	55
I. Gefahrabwehr und Risikovorsorge im Öffentlichen Recht .....	56
1. Begriff der Gefahr und die einzelnen Kriterien .....	56
2. Die Gefahrprognose .....	58
a) Erfahrungssätze oder gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse als Entscheidungsmaßstab .....	58
b) Gefahr als System von Variablen .....	59
3. Verschiedene Formen der Gefahr .....	60
a) Gefahrverdacht als Defizit der Sachverhaltsaufklärung oder Verzicht auf gesicherte Erkenntnisse .....	60
b) Konkrete und abstrakte Gefahr .....	62
4. Risikovorsorge .....	62
a) Risiko als Gefahr mit geringer Eintrittswahrscheinlichkeit .....	63
b) Gefährlichkeitsverdacht .....	64
aa) Verzicht auf Rechtsgutsgefährdung und Kausalität .....	64

bb) Abgrenzung zum Gefahrverdacht . . . . .	66
c) Vorsorge als Schutz unterhalb der Schädlichkeitsschwelle . . . . .	67
5. Öffentlich-rechtliche Maßnahmen zu Gefahrabwehr und Vorsorge . . . . .	68
a) Gefahrabwehr . . . . .	68
b) Vorsorge . . . . .	68
II. Gefahr und Risikovorsorge im Zivilrecht . . . . .	70
1. Gefahr und Gefahrprognose . . . . .	71
2. Gefahrverdacht, konkrete und abstrakte Gefahr . . . . .	72
3. Zivilrechtlicher Schutz zur Gefahrabwehr . . . . .	72
4. Zivilrechtlicher Schutz zur Risikovorsorge . . . . .	74
a) Risiko . . . . .	74
b) Gefährlichkeitsverdacht . . . . .	74
c) Vorsorge . . . . .	75
III. Grenzen der Gefahrabwehr und Risikovorsorge . . . . .	76
1. Restrisiko, allgemeines Lebensrisiko und soziale Adäquanz . . . . .	77
2. Abgrenzung der verschiedenen Begriffe . . . . .	78
Graphik 2: Das Dreistufenmodell aus Gefahrabwehr, Risikovorsorge und Restrisiko . . . . .	81
IV. Dogmatische Begründung des Dreistufenmodells . . . . .	82
Zwischenergebnis zu § 2: Das Dreistufenmodell aus Gefahrabwehr, Risikovorsorge und Restrisiko . . . . .	84
 § 3 Das Informationsdreieck: Unternehmen – Verbraucher – Behörde . . . . .	86
I. Allgemeine Unterscheidungskriterien für Informationen . . . . .	86
1. Die Information . . . . .	86
a) Eigeninformation und Informationstransfer . . . . .	87
b) Der maßgebliche Zeitpunkt . . . . .	87
c) Informationsanspruch und Informationspflicht . . . . .	88
2. Der Personenkreis . . . . .	88
a) Der Gefahrverursacher . . . . .	89
b) Der Gefährdete und sein Informationsdefizit . . . . .	89
c) Der Kontrollierende . . . . .	90
II. Der Zweck von Informationserhebung und Informationstransfer . . . . .	90
1. Gefährtermittlung und Gefahrvermeidung durch den Gefahrverursacher . . . . .	90
2. Gefahrabwehr und Selbstbestimmung des Gefährdeten durch Informationstransfer . . . . .	91
3. Überwachung mittels Informationsweitergabe . . . . .	91
III. Informationserhebung durch Unternehmen etc. . . . .	92
1. Informationserhebung vor Gefährteröffnung . . . . .	92
a) Sammlung . . . . .	92
b) Allgemeine und konkrete Ermittlungspflichten statt „Vorpflicht“ . . . . .	93

c) Auswertung und Entscheidung . . . . .	94
d) Eigenkontrolle und Statussicherungspflicht . . . . .	95
2. Informationserhebung nach Gefähreröffnung . . . . .	95
a) Aktive und passive Produktbeobachtungspflicht . . . . .	96
b) Eigener Begriff: allgemeine und konkrete Erhebungs- pflichten . . . . .	97
3. Dokumentation . . . . .	98
IV. Informationspflichten gegenüber dem Verbraucher etc. . . . .	98
1. Bei Gefähreröffnung: Kennzeichnung, Instruktion, Warnung statt Folgewarnung, erklärende Warnung, Selbstbestimmungs- aufklärung . . . . .	98
2. Nach Gefähreröffnung: Warnung und Rückruf . . . . .	100
V. Informationspflichten gegenüber der Behörde . . . . .	101
1. Anmeldepflichten bei Gefähreröffnung . . . . .	101
2. Mitteilungspflichten des Unternehmens . . . . .	101
VI. Informationserhebung durch den Staat und den Verbraucher . . .	101
1. Eigene Informationserhebung des Staates: Überwachung und Auskunftsansprüche . . . . .	102
2. Eigene Informationserhebung des Verbrauchers und Infor- mation durch den Staat . . . . .	102
Graphik 3: Das Informationsdreieck aus Gefahrverursacher, Gefährdetem und Kontrollierendem vor und nach Gefähreröffnung . .	103
Zwischenergebnis zu § 3: Das Informationsdreieck . . . . .	104

#### § 4 Das Rechtsprinzip für präventive Verkehrspflichten und Beweiserleichterungen: Kritik an den bisherigen Ansätzen . . . . . 105

I. Präventive Verkehrspflichten und Schadensausgleich ohne bewiesene Kausalität . . . . .	105
1. Gefährabwehrpflichten ohne nachgewiesene Kausalität . . . . .	105
2. Beweiserleichterungen bezüglich der Kausalität beim Schadensaus- gleich . . . . .	106
a) Verstoß gegen Befunderhebungspflichten . . . . .	107
b) Grobe Verletzung von Berufspflichten . . . . .	108
c) Verletzung des Selbstbestimmungsrechts . . . . .	109
3. Beweiserleichterungen bezüglich Pflichtwidrigkeit und Verschulden .	112
II. Prinzipien des Deliktsrechts . . . . .	113
1. Die Zweispurigkeit von Verschuldens- und Gefährdungshaftung . . .	113
2. Ein mehrspuriges Haftungsrecht . . . . .	114
a) Gefährdungselemente bei der Verschuldenshaftung . . . . .	114
b) Verschuldenselemente bei der Gefährdungshaftung . . . . .	115
3. Der Rechtsgrund für präventive Verkehrspflichten und Beweiserleichterungen . . . . .	116

## III. Rechtsgründe zum Schutz der persönlichen Rechtsgüter in

Rechtsprechung und Schrifttum . . . . .	117
1. Beweisnot und prozessuale Waffengleichheit . . . . .	117
2. Beweisvereitelung . . . . .	119
3. Ökonomische Analyse des Rechts . . . . .	120
a) Gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt, Prävention und Effizienz . . . . .	120
b) Ablehnung der rein ökonomischen Beurteilung beim Schutz persönlicher Rechtsgüter und der Umwelt . . . . .	123
4. Der Vertrauensgrundsatz . . . . .	126
a) Verschulden bei Vertragsschluß und Delikt . . . . .	126
b) Schutzpflichten als vom Vertrauen unabhängige Pflichten . . . . .	127
5. Berufshaftung . . . . .	129
a) Berufsspezifische Sorgfalts- und Einstandspflichten . . . . .	129
b) Anknüpfung an die Berufsrolle . . . . .	130
6. Gefährdungshaftung . . . . .	130
a) Ingerenz . . . . .	130
b) Gefahrenquelle und Gefahrerhöhung . . . . .	131
c) Gefahrenbereich . . . . .	133
d) Gefahrbeherrschung . . . . .	135
7. Vorteilsziehung . . . . .	135
8. Verteilende Gerechtigkeit . . . . .	136

## IV. Das Bewegliche System von Wilburg . . . . . 138

Zwischenergebnis zu § 4: Das Rechtsprinzip für präventive Verkehrspflichten und Beweiserleichterungen – Kritik an den bisherigen Ansätzen . . . . .	140
---	-----

## § 5 Rechtsgüterschutz und Vorhof . . . . . 142

I. Eigene Auffassung: Der Rechtsgüterschutz . . . . .	143
1. Die Wertehierarchie . . . . .	144
a) Die systematische Stellung der Rechtsgüter im GG, BGB und StGB . . . . .	144
b) <i>alterum non laedere</i> . . . . .	146
c) Verhältnis des Rechtsgüterschutzes zum Schutz anderer Rechte . . . . .	147
2. Verfassungsrechtliche Vorgaben . . . . .	148
a) Die Schutzpflicht aus Art. 2 I GG und die Lehre von der Drittwirkung . . . . .	148
b) Umsetzung der Schutzpflicht im Zivilrecht, Strafrecht und Öffentlichen Recht . . . . .	149
c) Verfassungskonforme Auslegung des Deliktsrechts . . . . .	150
3. Rechtsgüterschutz und Unterprinzipien . . . . .	152

## II. Grenzen des Haftungsrechts . . . . . 153

1. Grenzen richterlicher Rechtsfortbildung und Gewaltenteilung . . . . .	153
a) Anwendungsfelder für die Gerichte . . . . .	154

aa) Gefahr	154
bb) Risikoversorge	154
b) Bereiche der Gesetzgebung und Verwaltung	155
2. Werbung und Vertrag	156
a) Werbung	156
b) Vertrag	158
3. Der Rechtsgüterschutz als Begründung eines mehrspurigen Haftungsrechts	159
III. Der Rechtsgüterschutz als Begründung des Vorhofs	160
1. Eingriffe in Rechtsgüter	161
a) Unmittelbare Eingriffe und Verhaltenspflichten	161
b) Erfolgsbezogene Pflichten	162
2. Versuch einer Umschreibung des Vorhofs	162
a) Die Rechtsfolgen	162
b) Die Voraussetzungen	163
c) Begründung einzelner Fallgruppen und Abgrenzung zu einfachen Verhaltenspflichten	164
d) Vorhof und Rechtsgüterschutz	166
3. Einzelne Fallgruppen des Vorhofs	168
a) Ermittlungspflichten	168
aa) Erfolgsbezogene Pflichten bei gefährlichen oder lebensrettenden Produkten	168
bb) Vermeidung unkontrollierter Geschehensabläufe im Arztrecht	169
cc) Vermeidung unkontrollierter Geschehensabläufe im Umweltrecht	170
b) Grobe Verletzung von Berufspflichten	170
aa) Arztrecht und andere Berufszweige	170
bb) Übertragung auf Produkte	171
c) Selbstbestimmungsrecht und selbstbestimmende Entscheidung	173
aa) Kein Selbstbestimmungsrecht bei Produkten	173
bb) Ablehnung anderer Ansätze zum Selbstbestimmungsrecht	174
cc) Übertragung einzelner Kriterien auf Produkte:	
Die selbstbestimmende Entscheidung	176
dd) Beweislastumkehr bei Verletzung der selbstbestimmenden Entscheidung	178
Exkurs: Beweislastumkehr bezüglich des Verschuldens	180
IV. Einzelne Prinzipien des Rechtsgüterschutzes	181
1. Das Prinzip der Eigenverantwortung des Gefahrverursachers als Ausdruck des Rechtsgüterschutzes	181
a) Präventive Verkehrspflicht und Schaffung einer Gefahrenquelle	181
b) Das Verhältnis von Eigenverantwortung des Gefahrverursachers zur Selbstvorsorge des Gefährdeten	183
c) Erhebung, Vermeidung und Abwehr von Gefahren	185
d) Originäre Pflichtenstellung	185

2. Kreis der Pflichtigen .....	186
a) Arzt, Apotheker, Krankenhaus und Händler .....	186
b) Kumulative Pflichtenstellungen .....	187
Graphik 4: Der Vorhof .....	188
Zwischenergebnis zu § 5: Rechtsgüterschutz und Vorhof .....	189

## Zweiter Teil: Systematisierung präventiver Verkehrspflichten

§ 6 Informationserhebungspflichten des Gefahrverursachers .....	193
I. Bisherige Rechtslage und Lücken .....	194
1. Überwachung und Kontrolle im bundesdeutschen Öffent- lichen Recht .....	194
a) Beschränkung auf bestimmte Rechtsgebiete .....	194
b) Systemimmanente Nachteile von Zulassung und Über- wachung .....	195
2. Haftung im bundesdeutschen Zivilrecht .....	196
a) Organisationshaftung .....	196
b) Verbleibende Lücken .....	197
II. Verrechtlichung der Unternehmensstrukturen durch öffentlich- rechtliche Beauftragte, Zulassungskontrolle und freiwillige Managementsysteme .....	198
1. Das Beauftragtenwesen und ein Umweltschutzdirektor .....	199
a) Die gesetzgeberische Intention .....	199
b) Nachteile: mangelnde öffentlich-rechtliche Verantwortung und Isolierung innerhalb des Unternehmens .....	200
2. Prüfung von Betriebsstrukturen bei der Zulassung .....	201
a) Im Arzneimittelrecht .....	201
b) Keine Vorgabe der Betriebsorganisation im Immissions- schutzrecht: §§ 5, 52a BImSchG .....	203
3. Der Ansatz der Europäischen Union .....	204
a) Die Zertifizierung nach den verschiedenen Modulen der gemeinschaftsrechtlichen vertikalen Produktsicherheits- richtlinien .....	204
Graphik 5: Konformitätsbewertungsverfahren im Rahmen des Gemeinschaftsrechts .....	207
b) Ergänzende Anwendbarkeit der allgemeinen horizontalen Produktsicherheits-RiL .....	211
4. Freiwillige Managementsysteme .....	212
a) Qualitätssicherungssysteme DIN (EN) ISO 9000ff .....	212
b) Umwelt-AuditVO .....	213
c) Durchsetzung mittels Marktmacht und Werbung .....	215

III. Die einzelnen Informationserhebungspflichten des Deliktsrechts . . .	217
1. Sammlung . . . . .	217
a) Der Stand von Wissenschaft und Technik . . . . .	217
b) Eigene Auffassung: Berücksichtigung von Mindermeinungen . . .	218
2. Ermittlung . . . . .	220
a) Prinzip der kontrollierten Gefährdung im Arzneimittelrecht	
b) Abstrakte und konkrete Ermittlungspflichten im Arzt-, Umwelt- und Produkthaftungsrecht . . . . .	221
c) Erstreckung auf andere Produkte oder mögliche Schädigungsfolgen . . . . .	224
3. Kontrolle . . . . .	225
a) Prinzip der mehrfachen Selbstkontrolle . . . . .	225
b) Unabhängigkeit der Kontrolle . . . . .	226
4. Dokumentation: Anforderungen im Qualitätssicherungssystem . . .	227
IV. Deliktsrechtliche Durchsetzung moderner Unternehmensstrukturen . . . . .	228
1. Organisatorische Anforderungen an die Unternehmensstruktur . . .	228
2. Prinzip der persönlichen Verantwortung: Organträger, Beauftragte und Mitarbeiter . . . . .	229
a) Produkthaftungsrecht . . . . .	230
b) Umwelthaftungsrecht . . . . .	234
3. Folgerungen für die Unternehmensstruktur . . . . .	234
a) Der Grundsatz der Allzuständigkeit der Geschäftsführung im Straf- und Zivilrecht . . . . .	234
b) Mehrfache Verantwortung: horizontale, vertikale und vernetzte Strukturen . . . . .	235
c) Einschränkung des Vertrauensgrundsatzes im Arztrecht . . . . .	237
d) Vermeidung einer persönlichen Haftung . . . . .	239
4. Beweislastumkehr bei Einhaltung moderner Unternehmensstrukturen . . . . .	240
a) Inhaltliche Ausgestaltung der Betriebsorganisation: öffentlich- rechtliche und zivilrechtliche Pflichten gem. § 6 I, II UHG . . .	240
b) Entlastungsbeweis durch Dokumentation . . . . .	243
aa) Produkthaftung und Arzthaftung . . . . .	243
bb) Umwelthaftung . . . . .	244
V. Verfassungsmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit . . . . .	245
Zwischenergebnis zu § 6: Informationserhebungspflichten des Gefahrverursachers . . . . .	246
§ 7 Gefahrvermeidung - Gefährabwehr - Selbstvorsorge des Gefährdeten . . .	249
I. Die Grundsätze im Gemeinschaftsrecht . . . . .	250
1. Die Grundsätze der Gefahrvermeidung, der Gefährabwehr durch Informationstransfer und der Selbstvorsorge . . . . .	250
a) Der Vorrang von Gefahrvermeidung vor Gefährabwehr . . . . .	250
b) Gefährabwehr durch Informationstransfer und Selbstvorsorge . . .	251

2. Die Grundsätze der Gefahrvermeidung, der Gefahrabwehr durch Informationstransfer und der Selbstvorsorge im Gemeinschaftsrecht . . . . .	252
a) Der Vorrang der Gefahrvermeidung im Gemeinschaftsrecht . . .	252
b) Der mündige Verbraucher im Gemeinschaftsrecht . . . . .	253
II. Die unbefriedigende Rechtslage: Widersprüchliche Prüfungsfolge und unzureichende Kriterien . . . . .	254
1. Widersprüchliche Prüfungsfolge der Rechtsprechung . . . . .	254
a) Verhältnis der Eigenverantwortung des Herstellers zur Selbstvorsorge des Geschädigten . . . . .	254
b) Das Verhältnis von Gefahrvermeidung zu Gefahrabwehr durch Information . . . . .	255
2. Das Kriterium „Verbrauchererwartung“ . . . . .	255
a) Die Verbrauchererwartung als Kriterium der bundesdeutschen Rechtsprechung . . . . .	256
b) US-amerikanische Erfahrungen . . . . .	258
c) Kritik . . . . .	259
3. Die Risiko-Nutzen-Bewertung und das vernünftige Herstellerverhalten als Kriterien des US-amerikanischen Rechts . . . . .	262
4. Kombinierte Ansätze in den USA und der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	263
5. Kritik . . . . .	263
III. Eigene Kriterien für einen Fehlerbegriff und deren Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht . . . . .	265
1. Erforderlichkeit . . . . .	265
a) Die Erforderlichkeit und die Risiko-Nutzen-Bewertung . . . . .	265
b) Bundesdeutsche und gemeinschaftsrechtliche Vorgaben . . . . .	266
2. Vernünftiges Herstellerverhalten, Art. 3 Produktsicherheits-RiL . . . . .	267
a) Voraussehbarkeit . . . . .	267
b) Zumutbarkeit . . . . .	268
3. Das Kriterium „Verhältnismäßigkeit“ im Gemeinschaftsrecht . . . . .	268
4. Die selbstbestimmende Entscheidung . . . . .	269
5. Ablehnung des Kriteriums „Verbrauchererwartung“ . . . . .	270
Zwischenergebnis zu § 7: Gefahrvermeidung – Gefahrabwehr – Selbstvorsorge des Gefährdeten . . . . .	272
 § 8 Sechs Prüfungsschritte für Gefahrvermeidung und Gefahrabwehr . . . . .	273
I. Die einzelnen Schritte der Prüfungsfolge . . . . .	273
1. Erster Prüfungsschritt: Erforderlichkeit der Gefahrvermeidung . . . . .	275
a) Risiko-Nutzen-Bewertung im bundesdeutschen Arzneimittel- und Arztrecht . . . . .	275
b) Übertragung auf die Sicherheit von Produkten für Kinder und Fachleute . . . . .	277
aa) Bundesdeutsche Rechtsprechung . . . . .	277
bb) Gemeinschaftsrechtlicher Maßstab . . . . .	278

cc) Bestimmungswidriger Gebrauch	280
c) Allgemeine Verkehrssicherungspflichten	281
2. Zweiter Prüfungsschritt: Vernünftiges Herstellerverhalten bei der Gefahrvermeidung	282
a) Möglichkeit der Gefahrvermeidung	282
aa) Entwicklungsfehler	283
bb) Erkenntnisfehler	283
cc) Die Rolle der Ermittlungspflichten	286
b) Zumutbarkeit der Gefahrvermeidung	286
aa) Wirtschaftliche Überlegungen abhängig von der Gefahrensetzung	287
bb) Wettbewerbsrechtliche Überlegungen: Verdrängung vom Markt	288
3. Dritter Prüfungsschritt: Verhältnismäßigkeit der Gefahrvermeidung	290
4. Vierter Prüfungsschritt: Information zur selbstbestimmenden Entscheidung	291
a) Nicht unerhebliche Gefahr	291
b) Voraussehbarkeit	293
aa) Informationspflichten beim Gefährlichkeitsverdacht	293
bb) Informationspflichten im Bereich der Vorsorge	295
c) Zumutbarkeit	296
5. Fünfter Prüfungsschritt: Information zur Gefahrabwehr	296
a) Erforderlichkeit: spezifische versteckte Gefahr	296
b) Fallgruppen	298
aa) Besondere Gefährlichkeit	298
bb) Bestimmungswidriger Gebrauch	298
cc) Gefährdetste Verbrauchergruppe	300
6. Sechster Prüfungsschritt: Vernünftiges Herstellerverhalten bei der Gefahrabwehr	303
a) Voraussehbarkeit	303
b) Zumutbarkeit	304
c) Verhältnismäßigkeit	305
II. Selbstvorsorge und allgemeines Lebensrisiko	306
1. Das allgemeine Erfahrungswissen und Verbraucherverbände	306
2. Zusammenspiel von Informationspflicht und Informationsobliegenheit	307
3. Verbleibender rechtlich nicht geschützter Bereich	309
III. Beweislast	310
1. Beweislast für den Fehler und die Sorgfaltspflichtverletzung	310
a) Meinungsstand: Differenzierung zwischen Konstruktion und Produktbeobachtung	310
b) US-amerikanische Erfahrungen: Schädiger trägt Beweislast für die Fehlerfreiheit	312
2. Eigene Auffassung	313
a) Geschädigter trägt Beweislast für die Erforderlichkeit der Maßnahme	313
b) Reduzierung der Substantiierungslast	314

3. Beweislast für die Kausalität – Anscheinsbeweis und Vorhof . . . . .	315
Graphik 6: Sechs Prüfungsschritte bei Gefahrvermeidung und Gefahrabwehr . . . . .	317
IV. Anwendung der Prüfungsfolge am Beispiel des Sicherheits- standards von Kraftfahrzeugen . . . . .	318
1. Erforderliche Sicherheitsmaßnahmen, insbesondere der Airbageinbau . . . . .	318
a) Die Literaturauffassung: Begrenzung auf Basissicherheit . . . . .	318
b) Die Prüfungsfolge . . . . .	319
aa) Erforderlichkeit . . . . .	319
bb) Zumutbarkeit: wettbewerbsrechtliche Überlegungen . . . . .	319
cc) Verhältnismäßigkeit . . . . .	322
2. Die selbstbestimmende Entscheidung: Veröffentlichung von Crashtests . . . . .	323
3. Gefahrabwehr und Selbstvorsorge . . . . .	324
Zwischenergebnis zu § 8: Sechs Prüfungsschritte für Gefahr- vermeidung und Gefahrabwehr . . . . .	326
§ 9 Fremdkontrolle und staatliche Information . . . . .	327
I. Staatliche Überwachung . . . . .	328
1. Informationsbeschaffung der Behörde nach bisherigem Recht . . . . .	329
a) Vor Gefähreröffnung: Anmeldepflichten . . . . .	329
b) Nach Gefähreröffnung: Mitteilungs- und Auskunftspflichten . . . . .	329
c) Vollzugsdefizit durch Überregulierung . . . . .	331
2. Der neue Weg: Der schlanke Staat . . . . .	332
II. Staatliche Verantwortung und Fremdkontrolle Privater . . . . .	332
1. Übertragung staatlicher Überwachung auf unternehmensexterne Private . . . . .	333
a) Hinzuziehung privater Sachverständiger im Arzneimittel-, Umwelt- und Produktsicherheitsrecht . . . . .	333
b) Kontrolle durch unternehmensexterne Private . . . . .	334
c) Beschränkung auf eine Überwachung der unternehmens- externen Privaten . . . . .	336
d) Inhaltliche Anforderungen an die Kontrolle durch externe Private . . . . .	337
2. Erforderlichkeit der Fremdkontrolle . . . . .	339
a) Hohes Gefährdungspotential . . . . .	339
b) Vorsorge und Monitoring . . . . .	340
3. Informationsaustausch von Behörden und Unternehmen . . . . .	342
a) Stufenplanverfahren des Arzneimittelgesetzes . . . . .	342
b) Unzureichende Verfahren bei Produkten . . . . .	344
c) Gemeinschaftsrechtlicher Informationsaustausch . . . . .	345
4. Effektiver Informationsfluß zwischen Unternehmen und externer Kontrolle de lege ferenda . . . . .	346
a) Ausbau der Mitteilungspflichten im Produktsicherheitsrecht . . . . .	346

b) Schaffung bußgeldbewehrter Mitteilungspflichten im Umweltrecht .....	347
III. Informationsweitergabe an den Verbraucher .....	348
1. Haftung Privater für Verbraucheraufklärung nach Delikt und UWG .....	349
a) Erforderlichkeit eines Eingriffs .....	349
b) Voraussetzungen der Verbraucheraufklärung durch Private .....	350
2. Informationsrecht des Staates .....	352
a) Information als Eingriff in Rechte des Unternehmens .....	352
b) Ermächtigungsgrundlage .....	354
3. Anforderungen an die produktbezogene behördliche Warnung .....	356
a) Sachlicher Anlaß ist ausreichend .....	356
b) Hinzuziehung des Sachverständes Dritter .....	359
c) Verfahren: Anhörung des Unternehmens .....	359
d) Verhältnismäßigkeit: Subsidiarität der staatlichen Information ..	360
e) Pflicht zur erklärenden Information .....	361
4. Zusammenspiel unternehmerischer und staatlicher Informationen ..	362
IV. Informationsansprüche .....	363
1. Der Umfang des Informationsanspruchs nach § 4 UIG und §§ 8 ff UHG .....	363
2. Die gesetzgeberische Intention der Informationsansprüche .....	366
a) Aufklärung der Öffentlichkeit durch die Richtlinie 90/313 .....	366
b) Überwindung der Informationsschwierigkeiten des Geschädigten durch §§ 8, 9 UHG .....	367
3. Eigene Bewertung: Rechtsschutz durch Mitteilungspflichten .....	368
a) Mitteilungspflichten des Staates contra Auskunftsansprüche des Bürgers .....	368
b) Mitteilungspflichten des Unternehmens .....	370
c) Verbleibender Bereich für Auskunftsansprüche .....	372
Zwischenergebnis zu § 9: Informationspflichten des Staates und Externe Kontrolle .....	375
 § 10 Bilanz und Ausblick: Zusammenwirken der Rechtsgebiete zum Schutz von Mensch und Umwelt .....	378
I. Rechtsgüterschutz, Eigenverantwortung, Informationsermittlung und -weitergabe .....	378
1. Die Wertehierarchie der Rechtsgüter und der Vorhof .....	378
2. Präventive Verkehrspflichten .....	379
a) Eigenverantwortung des Gefahrverursachers: Die Rangordnung von Gefahrvermeidung, Gefährabwehr und allgemeinem Lebensrisiko .....	380
b) Informationsermittlung und Informationsweitergabe .....	380
3. Notwendigkeit objektiver Kriterien des Fehlerbegriffs und einer festen Prüfungsfolge .....	380

II. Gesundheits- und Umweltschutz durch Zivilrecht . . . . .	381
1. Gesundheitsverletzung als erhebliche Beeinträchtigung des Wohlbefindens . . . . .	381
2. Unternehmensstrukturen: DIN (EN) ISO 9000ff und Umwelt-AuditVO . . . . .	382
3. Haftung bei nicht bewiesener Kausalität . . . . .	382
III. Das Zusammenwirken von Zivilrecht und Öffentlichem Recht .	383
1. Stärken des Zivilrechts . . . . .	383
a) Informationserhebungs- und Organisationspflichten . . . . .	383
b) Kontrolle durch unternehmensexterne Private . . . . .	384
2. Ergänzungsfunktion des Öffentlichen Rechts: Bereiche eines hohen Gefahrenpotentials, der Vorsorge und des Monitoring . . . . .	384
3. Informationspflichten und Informationsansprüche de lege ferenda . . . . .	384
a) Informationspflichten des Unternehmens gegenüber dem Staat . . . . .	384
b) Informationsweitergabepflichten des Unternehmens und des Staates gegenüber dem Verbraucher . . . . .	385
c) Informationspflicht und Informationsanspruch . . . . .	385
4. Wechselwirkung zwischen Zivilrecht und Öffentlichem Recht . . . .	386
IV. Dogmatische Legitimation . . . . .	387

## Anhang

A. Gesetze und Gesetzesentwürfe (mit einzelnen Wortlautauszügen) . . .	388
I. Supranationales Recht . . . . .	388
II. Gemeinschaftsrecht . . . . .	388
1. Primärrecht . . . . .	388
2. Verordnungen . . . . .	388
3. Richtlinien . . . . .	389
4. Beschlüsse, Entschlüsse und Entscheidungen . . . . .	392
5. Empfehlungen, Mitteilungen, Programme . . . . .	392
III. Nationales Recht . . . . .	392
1. Gesetze . . . . .	392
2. Verordnungen . . . . .	395
3. Allgemeine Verwaltungsvorschriften, Bekanntmachungen, etc. .	396
4. Berufsrecht . . . . .	396
B. Liste der Gesprächspartner . . . . .	397
C. Literaturverzeichnis . . . . .	398
D. Paragraphenregister . . . . .	434
E. Sachregister . . . . .	438